

# Vergabeverfahren Planungsleistungen für Teilflächenentsiegelungen und ökologische Umwandlungen in Herrenberg

## Anlage 0: Formular Teilnahmeantrag

### A: Allgemeine Angaben

(Name, Anschrift, Fax-Nr. und E-Mail des Bewerbers. Bei Bewerbergemeinschaften sind der Name der Bewerbergemeinschaft und die Anschrift und Fax-Nr. des bevollmächtigten Vertreters der Bewerbergemeinschaft anzugeben. Die Mitglieder der Bewerbergemeinschaft sind unten unter C (Bewerbergemeinschaftserklärung) anzugeben.)

**Hiermit bewerben wir uns um die Teilnahme an dem Vergabeverfahren zur Vergabe von Planungsleistungen für Teilflächenentsiegelungen und ökologische Umwandlungen in Herrenberg.**

#### **Hinweis zum Ausfüllen:**

Sofern die nachfolgenden Eigenerklärungen bei Bewerbergemeinschaften von allen Mitgliedern und/oder von Nachunternehmern im Falle der Eignungsleihe abzugeben sind, sind die betreffenden Eigenerklärungen jeweils drei Mal abgedruckt. In der Kopfzeile muss jeweils angegeben werden, für welches Unternehmen die Eigenerklärung abgegeben wird. Falls mehr als drei Unternehmen die betreffenden Eigenerklärungen abgeben müssen (bspw. bei einer Bewerbergemeinschaft mit vier Mitgliedern), müssen die betreffenden Vordrucke kopiert werden.

Bei einer Einzelbewerbung ohne Nachunternehmer mit Eignungsleihe müssen die betreffenden Eigenerklärungen nur einmal abgegeben werden.

**Der Teilnahmeantrag ist über die Vergabepattform Deutsches Vergabeportal (<https://dtvp.de/>) elektronisch in Textform (§ 53 Abs. 1 VgV, § 126b BGB) einzureichen. Textform bedeutet nach § 126b BGB, dass eine lesbare Erklärung, in der die Person des Erklärenden genannt ist, auf einem dauerhaften Datenträger abgegeben werden muss.**

Ort, Datum

Erklärende Person (§ 126b BGB) des Bewerbers.  
Bei Bewerbergemeinschaften muss die erklärende Person der unter C angegebene bevollmächtigte Vertreter der Bewerbergemeinschaft sein.

## B: Eignungsleihe und Nachunternehmer

### B.1: Angaben zur Eignungsleihe und zu Nachunternehmern

Wir beabsichtigen, uns im Rahmen der Eignungsleihe (§ 47 VgV, vgl. hierzu auch Ziff. IX.2. des Vergabeleitfadens) der Leistungsfähigkeit folgender Unternehmen zu bedienen:

Name und Anschrift des Unternehmens	Beschreibung der Kapazitäten des Unternehmens, die im Rahmen einer Eignungsleihe in Anspruch genommen werden sollen

Dem Teilnahmeantrag ist der Nachweis beizufügen, dass dem Bewerber die in der Tabelle angegebenen Kapazitäten des anderen Unternehmens im Falle der Zuschlagserteilung auch zur Verfügung stehen (§ 47 VgV). Dies kann beispielsweise durch eine entsprechende Verpflichtungserklärung des anderen Unternehmens erfolgen. Hierfür kann das Formular unter B.2 verwendet werden. Wenn sich die Eignungsleihe auf die wirtschaftliche und finanzielle Leistungsfähigkeit bezieht, muss dem Teilnahmeantrag ferner als separate Datei eine Erklärung des anderen Unternehmens beigefügt werden, dass diese im Falle der Zuschlagserteilung entsprechend des Umfangs der Eignungsleihe gemeinsam mit dem Bewerber für die Auftragsausführung haftet (siehe IX.2 des Vergabeleitfadens.)

Wir beabsichtigen, für folgende Bereiche Unterauftragnehmer einzusetzen, **ohne** dass ein Fall der Eignungsleihe (§ 47 VgV) vorliegt.

In diesem Fall sind hier nur die Bereiche anzugeben, für die Unterauftragnehmer eingesetzt werden sollen. Die entsprechenden Nachunternehmer sind erst im endgültigen Angebot verbindlich zu benennen. (Vgl. hierzu auch Ziff. IX.3. der Vergabeunterlagen).

**Auflistung der Bereiche, für die Unterauftragnehmer eingesetzt werden sollen:**

1	
2	
3	

## B.2: Verpflichtungserklärung Eignungsleihe

Zum Nachweis, dass dem Bewerber die unter B.1 in der Tabelle angegebenen Kapazitäten des anderen Unternehmens im Falle der Zuschlagserteilung auch zur Verfügung stehen, kann diese Verpflichtungserklärung verwendet werden. Wird diese Erklärung nicht ausgefüllt, ist dem Teilnahmeantrag ein anderer geeigneter Nachweis in Textform gem. § 126b BGB beizufügen, dass dem Bewerber die in unter B.1 der Tabelle angegebenen Kapazitäten des anderen Unternehmens im Falle der Zuschlagserteilung auch zur Verfügung stehen (§ 47 VgV). Wenn sich die Eignungsleihe auf die wirtschaftliche und finanzielle Leistungsfähigkeit bezieht, muss dem Teilnahmeantrag ferner als separate Datei eine Erklärung des anderen Unternehmens beigefügt werden, dass diese im Falle der Zuschlagserteilung entsprechend des Umfangs der Eignungsleihe gemeinsam mit dem Bewerber für die Auftragsausführung haftet (siehe IX.2 des Vergabeleitfadens.)

### Verpflichtungserklärung des Unternehmens

(Name des Unternehmens)

Hiermit erklären wir, dass wir im Falle der Beauftragung des Bewerbers/der Bewerbergemeinschaft

(Name Bewerber/Bewerbergemeinschaft)

mit den Freianlagenplanungsleistungen für die Teilflächenentsiegelungen und ökologische Umwandlungen in Herrenberg die Leistungen

(Leistungen, die im Rahmen einer Eignungsleihe erbracht werden sollen)

erbringen werden.

Ort, Datum, erklärende Person

## C: Angaben bei Bewerbergemeinschaften

Die Angaben unter C sind nur von Bewerbergemeinschaften auszufüllen und es jeweils der Name des Bewerbergemeinschaftsmitglieds und der Name der natürlichen Person anzugeben, die die Erklärung für das jeweilige Bewerbergemeinschaftsmitglied abgibt.

Wir, die Mitglieder der Bewerbergemeinschaft bestehend aus

Mitglied 1

Mitglied 2

Mitglied 3

benennen folgenden bevollmächtigten Vertreter für die Bewerbergemeinschaft:

Anzugeben sind Name, Anschrift, Fax.Nr. und E-Mailadresse des bevollmächtigten Vertreters sowie der Name des Bewerbergemeinschaftsmitglieds, bei dem er beschäftigt ist.

Wir erklären hiermit zugleich,

- dass der bevollmächtigte Vertreter die Mitglieder gegenüber der Vergabestelle – auch bei der Angebotsabgabe – rechtsverbindlich vertritt,
- dass alle Mitglieder der Bewerbergemeinschaft von der Angebotsabgabe an und auch im Falle der Beauftragung als Gesamtschuldner haften.

Innerhalb der Bewerbergemeinschaft ist folgende Aufgabenverteilung geplant:

Ort, Datum, erklärende Person für **Mitglied 1**

Ort, Datum, erklärende Person für **Mitglied 2**

Ort, Datum, erklärende Person für **Mitglied 3**

## D: Angaben zur SanktionsVO

Die Angaben unter D sind vom Bewerber und bei Bewerbergemeinschaften von jedem Mitglied der Bewerbergemeinschaft zu machen.

### D.1. Eigenerklärung zur SanktionsVO für das Unternehmen

Wir sind in diesem Vergabeverfahren

- Bewerber  Mitglied einer Bewerbergemeinschaft

**Die nachfolgende Erklärung gebe/n ich/wir verbindlich ab:**

1. Der **Bewerber/ das Mitglied der Bewerbergemeinschaft** gehört nicht zu den

in **Artikel 5 k)** Absatz 1 der Verordnung (EU) Nr. 833/2014<sup>1</sup> des Rates über restriktive Maßnahmen angesichts der Handlungen Russlands, die die Lage in der Ukraine destabilisieren,

**genannten Personen oder Unternehmen, die einen Bezug zu Russland im Sinne der Vorschrift aufweisen,**

- a) **durch die russische Staatsangehörigkeit des Bewerbers/Bieters oder die Niederlassung des Bewerbers/Bieters in Russland,**
- b) **durch die Beteiligung einer natürlichen Person oder eines Unternehmens, auf die eines der Kriterien nach Buchstabe a zutrifft, am Bewerber/Bieter über das Halten von Anteilen im Umfang von mehr als 50%,**
- c) **durch das Handeln der Bewerber/Bieter im Namen oder auf Anweisung von Personen oder Unternehmen, auf die die Kriterien der Buchstaben a und/oder b zutrifft.**

2. Die am Auftrag als **Unterauftragnehmer, Lieferanten oder Unternehmen, deren Kapazitäten im Zusammenhang mit der Erbringung des Eignungsnachweises in Anspruch genommen werden**, beteiligten Unternehmen, auf die mehr als 10 % des Auftragswerts entfällt, gehören ebenfalls nicht zu dem in der Vorschrift genannten Personenkreis mit einem Bezug zu Russland im Sinne der Vorschrift.

3. Es wird bestätigt und sichergestellt, dass auch während der Vertragslaufzeit keine als **Unterauftragnehmer, Lieferanten oder Unternehmen, deren Kapazitäten im Zusammenhang mit der Erbringung des Eignungsnachweises in Anspruch genommen werden**, beteiligten Unternehmen mit einem Bezug zu Russland im Sinne von Ziffer 1 eingesetzt werden, auf die mehr als 10 % des Auftragswerts entfällt.

Ort, Datum, erklärende Person

---

<sup>1</sup> Die aktuell jeweils geltende Fassung der Verordnung kann in der Datenbank der Europäischen Union, EUR-Lex, eingesehen werden. Die aufgrund von Änderungen konsolidierten Fassungen der Verordnung (EU) Nr. 833/2014 sind hier zu finden. Dabei ist darauf zu achten, dass die aktuellste Fassung mit dem spätesten Datum ausgewählt wird.

**D.2. Eigenerklärung zur SanktionsVO  
für das Unternehmen**

Wir sind in diesem Vergabeverfahren

- Bewerber  Mitglied einer Bewerbergemeinschaft

**Die nachfolgende Erklärung gebe/n ich/wir verbindlich ab:**

1. Der **Bewerber/ das Mitglied der Bewerbergemeinschaft** gehört nicht zu den in **Artikel 5 k)** Absatz 1 der Verordnung (EU) Nr. 833/2014<sup>2</sup> des Rates über restriktive Maßnahmen angesichts der Handlungen Russlands, die die Lage in der Ukraine destabilisieren, **genannten Personen oder Unternehmen, die einen Bezug zu Russland im Sinne der Vorschrift aufweisen,**

- a) durch die russische Staatsangehörigkeit des Bewerbers/Bieters oder die Niederlassung des Bewerbers/Bieters in Russland,
- b) durch die Beteiligung einer natürlichen Person oder eines Unternehmens, auf die eines der Kriterien nach Buchstabe a zutrifft, am Bewerber/Bieter über das Halten von Anteilen im Umfang von mehr als 50%,
- c) durch das Handeln der Bewerber/Bieter im Namen oder auf Anweisung von Personen oder Unternehmen, auf die die Kriterien der Buchstaben a und/oder b zutrifft.

2. Die am Auftrag als **Unterauftragnehmer, Lieferanten oder Unternehmen, deren Kapazitäten im Zusammenhang mit der Erbringung des Eignungsnachweises in Anspruch genommen werden**, beteiligten Unternehmen, auf die mehr als 10 % des Auftragswerts entfällt, gehören ebenfalls nicht zu dem in der Vorschrift genannten Personenkreis mit einem Bezug zu Russland im Sinne der Vorschrift.

3. Es wird bestätigt und sichergestellt, dass auch während der Vertragslaufzeit keine als **Unterauftragnehmer, Lieferanten oder Unternehmen, deren Kapazitäten im Zusammenhang mit der Erbringung des Eignungsnachweises in Anspruch genommen werden**, beteiligten Unternehmen mit einem Bezug zu Russland im Sinne von Ziffer 1 eingesetzt werden, auf die mehr als 10 % des Auftragswerts entfällt.

Ort, Datum, erklärende Person

---

<sup>2</sup> Die aktuell jeweils geltende Fassung der Verordnung kann in der Datenbank der Europäischen Union, EUR-Lex, eingesehen werden. Die aufgrund von Änderungen konsolidierten Fassungen der Verordnung (EU) Nr. 833/2014 sind hier zu finden. Dabei ist darauf zu achten, dass die aktuellste Fassung mit dem spätesten Datum ausgewählt wird.

**D.3. Eigenerklärungen zur SanktionsVO  
für das Unternehmen**

Wir sind in diesem Vergabeverfahren

- Bewerber  Mitglied einer Bewerbergemeinschaft

**Die nachfolgende Erklärung gebe/n ich/wir verbindlich ab:**

1. Der **Bewerber/ das Mitglied der Bewerbergemeinschaft** gehört nicht zu den in **Artikel 5 k)** Absatz 1 der Verordnung (EU) Nr. 833/2014<sup>3</sup> des Rates über restriktive Maßnahmen angesichts der Handlungen Russlands, die die Lage in der Ukraine destabilisieren, **genannten Personen oder Unternehmen, die einen Bezug zu Russland im Sinne der Vorschrift aufweisen,**
  - a) durch die russische Staatsangehörigkeit des Bewerbers/Bieters oder die Niederlassung des Bewerbers/Bieters in Russland,
  - b) durch die Beteiligung einer natürlichen Person oder eines Unternehmens, auf die eines der Kriterien nach Buchstabe a zutrifft, am Bewerber/Bieter über das Halten von Anteilen im Umfang von mehr als 50%,
  - c) durch das Handeln der Bewerber/Bieter im Namen oder auf Anweisung von Personen oder Unternehmen, auf die die Kriterien der Buchstaben a und/oder b zutrifft.
  
2. Die am Auftrag als **Unterauftragnehmer, Lieferanten oder Unternehmen, deren Kapazitäten im Zusammenhang mit der Erbringung des Eignungsnachweises in Anspruch genommen werden,** beteiligten Unternehmen, auf die mehr als 10 % des Auftragswerts entfällt, gehören ebenfalls nicht zu dem in der Vorschrift genannten Personenkreis mit einem Bezug zu Russland im Sinne der Vorschrift.
  
3. Es wird bestätigt und sichergestellt, dass auch während der Vertragslaufzeit keine als **Unterauftragnehmer, Lieferanten oder Unternehmen, deren Kapazitäten im Zusammenhang mit der Erbringung des Eignungsnachweises in Anspruch genommen werden,** beteiligten Unternehmen mit einem Bezug zu Russland im Sinne von Ziffer 1 eingesetzt werden, auf die mehr als 10 % des Auftragswerts entfällt.

Ort, Datum, erklärende Person

---

<sup>3</sup> Die aktuell jeweils geltende Fassung der Verordnung kann in der Datenbank der Europäischen Union, EUR-Lex, eingesehen werden. Die aufgrund von Änderungen konsolidierten Fassungen der Verordnung (EU) Nr. 833/2014 sind hier zu finden. Dabei ist darauf zu achten, dass die aktuellste Fassung mit dem spätesten Datum ausgewählt wird.

## E: Verpflichtungserklärung Mindestentgelt

Die Angaben unter E sind vom Bewerber, bei Bewerbergemeinschaften von jedem Mitglied der Bewerbergemeinschaft und von Nachunternehmern zu machen, bei denen ein Fall der Eignungsleihe (§ 47 Abs. 1 VgV) zu machen.

### E.1 Verpflichtungserklärung zum Mindestentgelt

zur Tariftreue und Mindestentlohnung für Bau- und Dienstleistungen nach den Vorgaben des Tariftreue- und Mindestlohngesetzes für öffentliche Aufträge in Baden-Württemberg (Landestariftreue- und Mindestlohngesetz - LTMG)

#### Verpflichtungserklärung zum Mindestentgelt für das Unternehmen

Wir sind in diesem Vergabeverfahren

- Bewerber  Mitglied einer Bewerbergemeinschaft  Nachunternehmer

#### Ich erkläre/Wir erklären,

- dass meinen/unseren Beschäftigten (mit Ausnahme der Auszubildenden) bei der Ausführung der Leistung ein Entgelt bezahlt wird, das mindestens den Vorgaben des Mindestlohngesetzes (MiLoG) und der gemäß § 1 Absatz 2 Satz 2 MiLoG erlassenen Rechtsverordnung entspricht  
**oder**  
 mein/unser Unternehmen in einem anderen Mitgliedstaat der EU ansässig ist und die Leistung ausschließlich im EU-Ausland mit dort tätigen Beschäftigten ausgeführt wird.

*Zutreffendes bitte ankreuzen.*

- dass ich mir/wir uns
- von einem von mir/uns beauftragten Nachunternehmen oder beauftragten Verleihunternehmen eine Verpflichtungserklärung im vorstehenden Sinne ebenso abgeben lasse/lassen wie für alle weiteren Nachunternehmen und Verleihunternehmen der Nachunternehmen und Verleihunternehmen und diese dann dem öffentlichen Auftraggeber vorlege(n);  
**oder**
- von einem von mir/uns beauftragten Nachunternehmen eine schriftliche Versicherung geben lasse/lassen, dass dieses den Auftrag ausschließlich im Ausland mit dort tätigen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern ausführt und diese Versicherung dem öffentlichen Auftraggeber vorlege(n);

*Zutreffendes bitte ankreuzen.*

- dass ich mich verpflichte/wir uns verpflichten sicherzustellen, dass die Nachunternehmen und Verleihunternehmen die Verpflichtungen nach den §§ 3 und 4 LTMG erfüllen, wenn sie nicht in einem anderen Mitgliedstaat ansässig sind und den Auftrag ausschließlich im Ausland mit dort tätigen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern ausführen.

#### Ich bin mir/Wir sind uns bewusst,

- dass mein/unser Unternehmen sowie die von mir/uns beauftragten Nachunternehmen und Verleihunternehmen verpflichtet sind, dem öffentlichen Auftraggeber die Einhaltung der Verpflichtung aus dieser Erklärung auf dessen Verlangen jederzeit nachzuweisen,
- dass mein/unser Unternehmen sowie die von mir/uns beauftragten Nachunternehmen und Verleihunternehmen vollständige und prüffähige Unterlagen im vorstehenden Sinne über die eingesetzten Beschäftigten bereitzuhalten haben,
- dass zur Einhaltung der Verpflichtungen aus dieser Erklärung zwischen dem öffentlichen Auftraggeber und meinem/unserem Unternehmen eine Vertragsstrafe für jeden schuldhaften Verstoß vereinbart wird,
- dass bei einem nachweislich schuldhaften Verstoß meines/unseres Unternehmens sowie der von mir/uns beauftragten Nachunternehmen und Verleihunternehmen gegen die Verpflichtungen aus dieser Erklärung
  - den Ausschluss meines/unseres Unternehmens und die von mir/uns beauftragten Nachunternehmen und Verleihunternehmen von diesem Vergabeverfahren zur Folge hat,
  - mein/unser Unternehmen oder die von mir/uns beauftragten Nachunternehmen und Verleihunternehmen vom öffentlichen Auftraggeber für die Dauer von bis zu drei Jahren von Vergaben des öffentlichen Auftraggebers ausgeschlossen werden kann/können,
  - der öffentliche Auftraggeber nach Vertragsschluss zur fristlosen Kündigung aus wichtigem Grund berechtigt ist und dass ich/wir dem öffentlichen Auftraggeber den durch die Kündigung entstandenen Schaden zu ersetzen habe/haben.

Ort, Datum, erklärende Person

## E.2. Verpflichtungserklärung zum Mindestentgelt

zur Tariftreue und Mindestentlohnung für Bau- und Dienstleistungen nach den Vorgaben des Tariftreue- und Mindestlohngesetzes für öffentliche Aufträge in Baden-Württemberg (Landestariftreue- und Mindestlohngesetz - LTMG)

### Verpflichtungserklärung zum Mindestentgelt für das Unternehmen

Wir sind in diesem Vergabeverfahren

- Bewerber  Mitglied einer Bewerbergemeinschaft  Nachunternehmer

#### Ich erkläre/Wir erklären,

- dass meinen/unseren Beschäftigten (mit Ausnahme der Auszubildenden) bei der Ausführung der Leistung ein Entgelt bezahlt wird, das mindestens den Vorgaben des Mindestlohngesetzes (MiLoG) und der gemäß § 1 Absatz 2 Satz 2 MiLoG erlassenen Rechtsverordnung entspricht  
**oder**  
 mein/unser Unternehmen in einem anderen Mitgliedstaat der EU ansässig ist und die Leistung ausschließlich im EU-Ausland mit dort tätigen Beschäftigten ausgeführt wird.  
*Zutreffendes bitte ankreuzen.*

- dass ich mir/wir uns
- von einem von mir/uns beauftragten Nachunternehmen oder beauftragten Verleihunternehmen eine Verpflichtungserklärung im vorstehenden Sinne ebenso abgeben lasse/lassen wie für alle weiteren Nachunternehmen und Verleihunternehmen der Nachunternehmen und Verleihunternehmen und diese dann dem öffentlichen Auftraggeber vorlege(n);  
oder
- von einem von mir/uns beauftragten Nachunternehmen eine schriftliche Versicherung geben lasse/lassen, dass dieses den Auftrag ausschließlich im Ausland mit dort tätigen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern ausführt und diese Versicherung dem öffentlichen Auftraggeber vorlege(n);  
*Zutreffendes bitte ankreuzen.*

- dass ich mich verpflichte/wir uns verpflichten sicherzustellen, dass die Nachunternehmen und Verleihunternehmen die Verpflichtungen nach den §§ 3 und 4 LTMG erfüllen, wenn sie nicht in einem anderen Mitgliedstaat ansässig sind und den Auftrag ausschließlich im Ausland mit dort tätigen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern ausführen.

#### Ich bin mir/Wir sind uns bewusst,

- dass mein/unser Unternehmen sowie die von mir/uns beauftragten Nachunternehmen und Verleihunternehmen verpflichtet sind, dem öffentlichen Auftraggeber die Einhaltung der Verpflichtung aus dieser Erklärung auf dessen Verlangen jederzeit nachzuweisen,
- dass mein/unser Unternehmen sowie die von mir/uns beauftragten Nachunternehmen und Verleihunternehmen vollständige und prüffähige Unterlagen im vorstehenden Sinne über die eingesetzten Beschäftigten bereitzuhalten haben,
- dass zur Einhaltung der Verpflichtungen aus dieser Erklärung zwischen dem öffentlichen Auftraggeber und meinem/unserem Unternehmen eine Vertragsstrafe für jeden schuldhaften Verstoß vereinbart wird,
- dass bei einem nachweislich schuldhaften Verstoß meines/unseres Unternehmens sowie der von mir/uns beauftragten Nachunternehmen und Verleihunternehmen gegen die Verpflichtungen aus dieser Erklärung
  - den Ausschluss meines/unseres Unternehmens und die von mir/uns beauftragten Nachunternehmen und Verleihunternehmen von diesem Vergabeverfahren zur Folge hat,
  - mein/unser Unternehmen oder die von mir/uns beauftragten Nachunternehmen und Verleihunternehmen vom öffentlichen Auftraggeber für die Dauer von bis zu drei Jahren von Vergaben des öffentlichen Auftraggebers ausgeschlossen werden kann/können,
  - der öffentliche Auftraggeber nach Vertragsschluss zur fristlosen Kündigung aus wichtigem Grund berechtigt ist und dass ich/wir dem öffentlichen Auftraggeber den durch die Kündigung entstandenen Schaden zu ersetzen habe/haben.

Ort, Datum, erklärende Person

### E.3 Verpflichtungserklärung zum Mindestentgelt

zur Tariftreue und Mindestentlohnung für Bau- und Dienstleistungen nach den Vorgaben des Tariftreue- und Mindestlohngesetzes für öffentliche Aufträge in Baden-Württemberg (Landestariftreue- und Mindestlohngesetz - LTMG)

#### Verpflichtungserklärung zum Mindestentgelt für das Unternehmen

Wir sind in diesem Vergabeverfahren

- Bewerber  Mitglied einer Bewerbungsgemeinschaft  Nachunternehmer

#### Ich erkläre/Wir erklären,

- dass meinen/unseren Beschäftigten (mit Ausnahme der Auszubildenden) bei der Ausführung der Leistung ein Entgelt bezahlt wird, das mindestens den Vorgaben des Mindestlohngesetzes (MiLoG) und der gemäß § 1 Absatz 2 Satz 2 MiLoG erlassenen Rechtsverordnung entspricht  
**oder**
- mein/unser Unternehmen in einem anderen Mitgliedstaat der EU ansässig ist und die Leistung ausschließlich im EU-Ausland mit dort tätigen Beschäftigten ausgeführt wird.

*Zutreffendes bitte ankreuzen.*

- dass ich mir/wir uns
- von einem von mir/uns beauftragten Nachunternehmen oder beauftragten Verleihunternehmen eine Verpflichtungserklärung im vorstehenden Sinne ebenso abgeben lasse/lassen wie für alle weiteren Nachunternehmen und Verleihunternehmen der Nachunternehmen und Verleihunternehmen und diese dann dem öffentlichen Auftraggeber vorlege(n);  
oder
- von einem von mir/uns beauftragten Nachunternehmen eine schriftliche Versicherung geben lasse/lassen, dass dieses den Auftrag ausschließlich im Ausland mit dort tätigen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern ausführt und diese Versicherung dem öffentlichen Auftraggeber vorlege(n);

*Zutreffendes bitte ankreuzen.*

- dass ich mich verpflichte/wir uns verpflichten sicherzustellen, dass die Nachunternehmen und Verleihunternehmen die Verpflichtungen nach den §§ 3 und 4 LTMG erfüllen, wenn sie nicht in einem anderen Mitgliedstaat ansässig sind und den Auftrag ausschließlich im Ausland mit dort tätigen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern ausführen.

#### Ich bin mir/Wir sind uns bewusst,

- dass mein/unser Unternehmen sowie die von mir/uns beauftragten Nachunternehmen und Verleihunternehmen verpflichtet sind, dem öffentlichen Auftraggeber die Einhaltung der Verpflichtung aus dieser Erklärung auf dessen Verlangen jederzeit nachzuweisen,
- dass mein/unser Unternehmen sowie die von mir/uns beauftragten Nachunternehmen und Verleihunternehmen vollständige und prüffähige Unterlagen im vorstehenden Sinne über die eingesetzten Beschäftigten bereitzuhalten haben,
- dass zur Einhaltung der Verpflichtungen aus dieser Erklärung zwischen dem öffentlichen Auftraggeber und meinem/unserem Unternehmen eine Vertragsstrafe für jeden schuldhaften Verstoß vereinbart wird,
- dass bei einem nachweislich schuldhaften Verstoß meines/unseres Unternehmens sowie der von mir/uns beauftragten Nachunternehmen und Verleihunternehmen gegen die Verpflichtungen aus dieser Erklärung
  - den Ausschluss meines/unseres Unternehmens und die von mir/uns beauftragten Nachunternehmen und Verleihunternehmen von diesem Vergabeverfahren zur Folge hat,
  - mein/unser Unternehmen oder die von mir/uns beauftragten Nachunternehmen und Verleihunternehmen vom öffentlichen Auftraggeber für die Dauer von bis zu drei Jahren von Vergaben des öffentlichen Auftraggebers ausgeschlossen werden kann/können,
  - der öffentliche Auftraggeber nach Vertragsschluss zur fristlosen Kündigung aus wichtigem Grund berechtigt ist und dass ich/wir dem öffentlichen Auftraggeber den durch die Kündigung entstandenen Schaden zu ersetzen habe/haben.

Ort, Datum, erklärende Person

## F: Eigenerklärung zu Ausschlussgründen

Die Angaben unter F sind vom Bewerber, bei Bewerbergemeinschaften von jedem Mitglied der Bewerbergemeinschaft und von Nachunternehmern zu machen, bei denen ein Fall der Eignungsleihe (§ 47 Abs. 1 VgV) zu machen.

### F.1 Eigenerklärungen zu Ausschlussgründen für das Unternehmen

Wir sind in diesem Vergabeverfahren

- Bewerber  Mitglied einer Bewerbergemeinschaft  Unterauftragnehmer

### Eigenerklärungen zu Ausschlussgründen

1.  Wir erklären, dass unser Unternehmen nicht zahlungsunfähig ist, dass ein Insolvenzverfahren oder ein vergleichbares gesetzlich geregeltes Verfahren weder beantragt noch eröffnet wurde, ein Antrag auf Eröffnung nicht mangels Masse abgelehnt wurde und sich unser Unternehmen nicht in Liquidation befindet.  
**oder**  
 Wir erklären, dass ein Insolvenzplan rechtskräftig bestätigt wurde und wir diesen auf Verlangen vorlegen werden.
2.  Wir erklären, dass keine rechtskräftige Verurteilung einer Person, deren Verhalten nach § 123 Abs. 3 GWB, meinem/unserem Unternehmen zuzurechnen ist, wegen einer Straftat im Sinne von § 123 Abs. 1 GWB, vorliegt und keine rechtskräftige Festsetzung einer Geldbuße nach § 30 des Gesetzes über Ordnungswidrigkeiten gegen unser Unternehmen wegen einer Straftat im Sinne von § 123 Abs. 1 GWB, vorliegt; einer Verurteilung oder der Festsetzung einer Geldbuße im Sinne von § 123 Abs. 1 GWB stehen eine Verurteilung oder die Festsetzung einer Geldbuße nach den vergleichbaren Vorschriften anderer Staaten gleich.
3.  Wir erklären, dass unser Unternehmen bei der Ausführung öffentlicher Aufträge nicht gegen geltende umwelt-, sozial- oder arbeitsrechtliche Verpflichtungen verstoßen hat (§ 124 Abs. 1 Nr. 1 GWB),
4.  Wir erklären, dass unser Unternehmen im Rahmen der beruflichen Tätigkeit keine schwere Verfehlung begangen hat, durch die die Integrität unseres Unternehmens in Frage gestellt wird (§ 124 Abs. 1 Nr. 3 GWB),
5.  Wir erklären, dass unser Unternehmen mit anderen Unternehmen keine Vereinbarungen getroffen oder Verhaltensweisen aufeinander abgestimmt hat, die eine Verhinderung, Einschränkung oder Verfälschung des Wettbewerbs bezwecken oder bewirken (§ 124 Abs. 1 Nr. 4 GWB).
6.  Wir erklären, dass für unser Unternehmen kein Ausschlussgrund im Sinne von § 21 Abs. 1 des Arbeitnehmer-Entsendegesetzes (AEntG), § 98c des Aufenthaltsgesetzes (AufenthG), § 21 des Schwarzarbeitsbekämpfungsgesetzes oder § 19 Abs. 1 des Mindestlohngesetzes (MiLoG) vorliegt.
7.  Wir erklären, dass unser Unternehmen seiner Verpflichtung zur Zahlung von Steuern und Abgaben sowie der Beiträge zur gesetzlichen Sozialversicherung, soweit es der Pflicht zur Beitragszahlung unterfällt, ordnungsgemäß erfüllt hat (§§ 123 Abs. 4 GWB).

Hinweis: Falls eine oder mehrere der Erklärungen unter 2. bis 7. nicht angekreuzt werden, muss auf einer gesonderten Anlage detailliert dargelegt werden, dass eine Selbstreinigung im Sinne von § 125 GWB stattgefunden hat oder dargelegt werden, dass der zulässige Zeitraum für Ausschlüsse nach § 126 GWB abgelaufen ist.

Ort, Datum, erklärende Person

## F.2 Eigenerklärungen zu Ausschlussgründen für das Unternehmen

Wir sind in diesem Vergabeverfahren

- Bewerber  Mitglied einer Bewerbergemeinschaft  Unterauftragnehmer

### Eigenerklärungen zu Ausschlussgründen

1.  Wir erklären, dass unser Unternehmen nicht zahlungsunfähig ist, dass ein Insolvenzverfahren oder ein vergleichbares gesetzlich geregeltes Verfahren weder beantragt noch eröffnet wurde, ein Antrag auf Eröffnung nicht mangels Masse abgelehnt wurde und sich unser Unternehmen nicht in Liquidation befindet.  
**oder**  
 Wir erklären, dass ein Insolvenzplan rechtskräftig bestätigt wurde und wir diesen auf Verlangen vorlegen werden.
2.  Wir erklären, dass keine rechtskräftige Verurteilung einer Person, deren Verhalten nach § 123 Abs. 3 GWB, meinem/unserem Unternehmen zuzurechnen ist, wegen einer Straftat im Sinne von § 123 Abs. 1 GWB, vorliegt und keine rechtskräftige Festsetzung einer Geldbuße nach § 30 des Gesetzes über Ordnungswidrigkeiten gegen unser Unternehmen wegen einer Straftat im Sinne von § 123 Abs. 1 GWB, vorliegt; einer Verurteilung oder der Festsetzung einer Geldbuße im Sinne von § 123 Abs. 1 GWB stehen eine Verurteilung oder die Festsetzung einer Geldbuße nach den vergleichbaren Vorschriften anderer Staaten gleich.
3.  Wir erklären, dass unser Unternehmen bei der Ausführung öffentlicher Aufträge nicht gegen geltende umwelt-, sozial- oder arbeitsrechtliche Verpflichtungen verstoßen hat (§ 124 Abs. 1 Nr. 1 GWB),
4.  Wir erklären, dass unser Unternehmen im Rahmen der beruflichen Tätigkeit keine schwere Verfehlung begangen hat, durch die die Integrität unseres Unternehmens in Frage gestellt wird (§ 124 Abs. 1 Nr. 3 GWB),
5.  Wir erklären, dass unser Unternehmen mit anderen Unternehmen keine Vereinbarungen getroffen oder Verhaltensweisen aufeinander abgestimmt hat, die eine Verhinderung, Einschränkung oder Verfälschung des Wettbewerbs bezwecken oder bewirken (§ 124 Abs. 1 Nr. 4 GWB).
6.  Wir erklären, dass für unser Unternehmen kein Ausschlussgrund im Sinne von § 21 Abs. 1 des Arbeitnehmer-Entsendegesetzes (AEntG), § 98c des Aufenthaltsgesetzes (AufenthG), § 21 des Schwarzarbeitsbekämpfungsgesetzes oder § 19 Abs. 1 des Mindestlohngesetzes (MiLoG) vorliegt.
7.  Wir erklären, dass unser Unternehmen seiner Verpflichtung zur Zahlung von Steuern und Abgaben sowie der Beiträge zur gesetzlichen Sozialversicherung, soweit es der Pflicht zur Beitragszahlung unterfällt, ordnungsgemäß erfüllt hat (§§ 123 Abs. 4 GWB).

Hinweis: Falls eine oder mehrere der Erklärungen unter 2. bis 7. nicht angekreuzt werden, muss auf einer gesonderten Anlage detailliert dargelegt werden, dass eine Selbstreinigung im Sinne von § 125 GWB stattgefunden hat oder dargelegt werden, dass der zulässige Zeitraum für Ausschlüsse nach § 126 GWB abgelaufen ist.

Ort, Datum, erklärende Person

### F.3 Eigenerklärungen zu Ausschlussgründen für das Unternehmen

Wir sind in diesem Vergabeverfahren

- Bewerber  Mitglied einer Bewerbergemeinschaft  Unterauftragnehmer

#### Eigenerklärungen zu Ausschlussgründen

1.  Wir erklären, dass unser Unternehmen nicht zahlungsunfähig ist, dass ein Insolvenzverfahren oder ein vergleichbares gesetzlich geregeltes Verfahren weder beantragt noch eröffnet wurde, ein Antrag auf Eröffnung nicht mangels Masse abgelehnt wurde und sich unser Unternehmen nicht in Liquidation befindet.  
**oder**  
 Wir erklären, dass ein Insolvenzplan rechtskräftig bestätigt wurde und wir diesen auf Verlangen vorlegen werden.
2.  Wir erklären, dass keine rechtskräftige Verurteilung einer Person, deren Verhalten nach § 123 Abs. 3 GWB, meinem/unserem Unternehmen zuzurechnen ist, wegen einer Straftat im Sinne von § 123 Abs. 1 GWB, vorliegt und keine rechtskräftige Festsetzung einer Geldbuße nach § 30 des Gesetzes über Ordnungswidrigkeiten gegen unser Unternehmen wegen einer Straftat im Sinne von § 123 Abs. 1 GWB, vorliegt; einer Verurteilung oder der Festsetzung einer Geldbuße im Sinne von § 123 Abs. 1 GWB stehen eine Verurteilung oder die Festsetzung einer Geldbuße nach den vergleichbaren Vorschriften anderer Staaten gleich.
3.  Wir erklären, dass unser Unternehmen bei der Ausführung öffentlicher Aufträge nicht gegen geltende umwelt-, sozial- oder arbeitsrechtliche Verpflichtungen verstoßen hat (§ 124 Abs. 1 Nr. 1 GWB),
4.  Wir erklären, dass unser Unternehmen im Rahmen der beruflichen Tätigkeit keine schwere Verfehlung begangen hat, durch die die Integrität unseres Unternehmens in Frage gestellt wird (§ 124 Abs. 1 Nr. 3 GWB),
5.  Wir erklären, dass unser Unternehmen mit anderen Unternehmen keine Vereinbarungen getroffen oder Verhaltensweisen aufeinander abgestimmt hat, die eine Verhinderung, Einschränkung oder Verfälschung des Wettbewerbs bezwecken oder bewirken (§ 124 Abs. 1 Nr. 4 GWB).
6.  Wir erklären, dass für unser Unternehmen kein Ausschlussgrund im Sinne von § 21 Abs. 1 des Arbeitnehmer-Entsendegesetzes (AEntG), § 98c des Aufenthaltsgesetzes (AufenthG), § 21 des Schwarzarbeitsbekämpfungsgesetzes oder § 19 Abs. 1 des Mindestlohngesetzes (MiLoG) vorliegt.
7.  Wir erklären, dass unser Unternehmen seiner Verpflichtung zur Zahlung von Steuern und Abgaben sowie der Beiträge zur gesetzlichen Sozialversicherung, soweit es der Pflicht zur Beitragszahlung unterfällt, ordnungsgemäß erfüllt hat (§§ 123 Abs. 4 GWB).

Hinweis: Falls eine oder mehrere der Erklärungen unter 2. bis 7. nicht angekreuzt werden, muss auf einer gesonderten Anlage detailliert dargelegt werden, dass eine Selbstreinigung im Sinne von § 125 GWB stattgefunden hat oder dargelegt werden, dass der zulässige Zeitraum für Ausschlüsse nach § 126 GWB abgelaufen ist.

Ort, Datum, erklärende Person

## **G: Eigenerklärungen zur Befähigung und Erlaubnis der Berufsausübung und zur wirtschaftlichen und finanziellen Leistungsfähigkeit**

Die Angaben unter G sind vom Bewerber, bei Bewerbergemeinschaften von jedem Mitglied der Bewerbergemeinschaft und von Nachunternehmern zu machen, bei denen ein Fall der Eignungsleihe vorliegt (§ 47 Abs. 1 VgV).

### **G.1 Eigenerklärungen zur Befähigung und Erlaubnis der Berufsausübung und zur wirtschaftlichen und finanziellen Leistungsfähigkeit für das Unternehmen**

Wir sind in diesem Vergabeverfahren

- Bewerber    Mitglied einer Bewerbergemeinschaft    Unterauftragnehmer

#### **a) Berufs-/Handelsregister und Registernummer**

#### **b) Ausführungs- und Lieferinteressen**

Wir erklären, dass wir im Falle der Zuschlagserteilung unsere Leistungen unabhängig von Ausführungs- und Lieferinteressen erbringen werden.

#### **c) Wirtschaftliche Verknüpfungen mit Dritten**

Bei unserem Unternehmen bestehen folgende wirtschaftliche Verknüpfungen mit Dritten, die für die zu vergebenden Leistungen relevant sind:

**d) Eigenerklärung zur Berufshaftpflichtversicherung**

Wir erklären, dass wir eine Berufs- bzw. Betriebshaftpflichtversicherung mit einer Deckungssumme von mindestens 5 Mio. EUR für Personenschäden und 2,5 Mio. EUR für Sach- und Vermögensschäden, jeweils zweifach maximiert pro Jahr abgeschlossen haben.

**oder**

Wir erklären, dass wir im Auftragsfall eine Berufs- bzw. Betriebshaftpflichtversicherung mit einer Deckungssumme von mindestens 5 Mio. EUR für Personenschäden und 2,5 Mio. EUR für Sach- und Vermögensschäden, jeweils zweifach maximiert pro Jahr, abschließen werden und den Abschluss vor Zuschlagserteilung nachweisen werden.

**e) Eigenerklärung zum jährlichen Umsatz (netto) unseres Unternehmens im Bereich der zu vergebenden Leistungen in den Jahren 2023 bis 2025 oder 2022 bis 2024**

2023	
2024	
2025	

**oder**

2022	
2023	
2024	

Ort, Datum, erklärende Person

--

**G.2 Eigenerklärungen zur Befähigung und Erlaubnis der Berufsausübung und zur wirtschaftlichen und finanziellen Leistungsfähigkeit für das Unternehmen**

Wir sind in diesem Vergabeverfahren

- Bewerber  Mitglied einer Bewerbergemeinschaft  Unterauftragnehmer

**a) Berufs-/Handelsregister und Registernummer**

**b) Ausführungs- und Lieferinteressen**

Wir erklären, dass wir im Falle der Zuschlagserteilung unsere Leistungen unabhängig von Ausführungs- und Lieferinteressen erbringen werden.

**c) Wirtschaftliche Verknüpfungen mit Dritten**

Bei unserem Unternehmen bestehen folgende wirtschaftliche Verknüpfungen mit Dritten, die für die zu vergebenden Projektmanagementleistungen relevant sind:

**d) Eigenerklärung zur Berufshaftpflichtversicherung**

Wir erklären, dass wir eine Berufs- bzw. Betriebshaftpflichtversicherung mit einer Deckungssumme von mindestens 5 Mio. EUR für Personenschäden und 2,5 Mio. EUR für Sach- und Vermögensschäden, jeweils zweifach maximiert pro Jahr abgeschlossen haben.

**oder**

Wir erklären, dass wir im Auftragsfall eine Berufs- bzw. Betriebshaftpflichtversicherung mit einer Deckungssumme von mindestens 5 Mio. EUR für Personenschäden und 2,5 Mio. EUR für Sach- und Vermögensschäden, jeweils zweifach maximiert pro Jahr, abschließen werden und den Abschluss vor Zuschlagserteilung nachweisen werden.

**e) Eigenerklärung zum jährlichen Umsatz (netto) unseres Unternehmens im Bereich der zu vergebenden Leistungen in den Jahren 2023 bis 2025 oder 2022 bis 2024**

2023	
2024	
2025	

**oder**

2022	
2023	
2024	

Ort, Datum, erklärende Person

--

**G.3 Eigenerklärungen zur Befähigung und Erlaubnis der Berufsausübung und zur wirtschaftlichen und finanziellen Leistungsfähigkeit für das Unternehmen**

Wir sind in diesem Vergabeverfahren

- Bewerber  Mitglied einer Bewerbergemeinschaft  Unterauftragnehmer

**a) Berufs-/Handelsregister und Registernummer**

**b) Ausführungs- und Lieferinteressen**

Wir erklären, dass wir im Falle der Zuschlagserteilung unsere Leistungen unabhängig von Ausführungs- und Lieferinteressen erbringen werden.

**c) Wirtschaftliche Verknüpfungen mit Dritten**

Bei unserem Unternehmen bestehen folgende wirtschaftliche Verknüpfungen mit Dritten, die für die zu vergebenden Projektmanagementleistungen relevant sind:

**d) Eigenerklärung zur Berufshaftpflichtversicherung**

Wir erklären, dass wir eine Berufs- bzw. Betriebshaftpflichtversicherung mit einer Deckungssumme von mindestens 5 Mio. EUR für Personenschäden und 2,5 Mio. EUR für Sach- und Vermögensschäden, jeweils zweifach maximiert pro Jahr abgeschlossen haben.

**oder**

Wir erklären, dass wir im Auftragsfall eine Berufs- bzw. Betriebshaftpflichtversicherung mit einer Deckungssumme von mindestens 5 Mio. EUR für Personenschäden und 2,5 Mio. EUR für Sach- und Vermögensschäden, jeweils zweifach maximiert pro Jahr, abschließen werden und den Abschluss vor Zuschlagserteilung nachweisen werden.

**e) Eigenerklärung zum jährlichen Umsatz (netto) unseres Unternehmens im Bereich der zu vergebenden Leistungen in den Jahren 2023 bis 2025 oder 2022 bis 2024**

2023	
2024	
2025	

**oder**

2022	
2023	
2024	

Ort, Datum, erklärende Person

--

## **H: Eigenerklärungen zur technischen und beruflichen Leistungsfähigkeit**

Jeder Bewerber und jede Bewerbergemeinschaft muss **mindestens eine Referenz über Freianlagenplanungsleistungen** angeben, die die nachfolgend genannten Mindestbedingungen erfüllen.

### **Bewerbergemeinschaften:**

Bei einer Bewerbergemeinschaft reicht es aus, wenn diese insgesamt die Mindestbedingungen erfüllt. Bei jedem Referenzprojekt muss der Name des Unternehmens angegeben werden, das das Referenzprojekt bearbeitet hat. Die Referenzanforderungen müssen von dem Unternehmen/Büro nachgewiesen werden, das im Falle der Zuschlagserteilung den betreffenden Bereich übernehmen soll.

### **Angaben von mehr als den geforderten Referenzen:**

Wenn ein Bewerber/Bewerbergemeinschaft mehr Referenzen angeben möchte, als im Teilnahmeantrag eingetragen werden können, sind die Angaben in einer gesonderten Datei zu machen, die als Anlage zum Teilnahmeantrag auf der Vergabepattform einzureichen ist.

### **Die Referenz muss folgende Anforderungen erfüllen:**

- Es müssen mindestens die wesentlichen Grundleistungen der Leistungsphasen 2, 3 und 5 bis 8 i.S.v. § 39 Abs. 3 HOAI i.V.m. Anlage 11.1 der HOAI erbracht worden sein.
- Die Leistungsphase 8 muss im Zeitraum 01.01.2020 bis zum Ablauf der Frist für den Eingang der Teilnahmeanträge abgeschlossen worden sein.
- Im Teilnahmeantrag muss für jede Referenz ein Ansprechpartner des Referenzgebers für Rückfragen angegeben werden.
- Für jede Referenz muss dem Teilnahmeantrag eine aussagekräftige Projektbeschreibung beigefügt werden.
- Bei der Referenz muss es sich um eine Maßnahme handeln, bei der eine versiegelte Fläche – beispielsweise Straßenfläche, versiegelte Vorgärten oder Höfe – in Grünfläche umgewandelt wurde. Hierzu gehört zum Beispiel die Anlage neuer Baumquartiere in Verkehrsflächen oder Plätzen, die Anlage von Staudenbeeten oder Verkehrsgrünflächen.

## Referenzprojekt 1

Für das **Referenzprojekt 1** sind nachfolgend geforderten Angaben zu machen. Ergänzend ist eine **Kurzbeschreibung** des Referenzprojekts dem Teilnahmeantrag als separate Datei beizufügen.

Bezeichnung des Referenzprojekts

Name des Unternehmens, das die Leistungen erbracht hat

Erbrachte Leistungsphasen, in denen die wesentlichen  
Grundleistungen erbracht wurden

Abschluss der LPH 8

Neuschaffung von Grün in einer versiegelten Umgebung

Ansprechpartner für Rückfragen  
mit Telefonnummer und E-Mail


## **I: Eigenerklärung zum Auswahlkriterium Referenzprojekte**

Das Auswahlkriterium und die Anwendung und Bewertung des Auswahlkriteriums ist im Vergabeleitfaden unter IX.9. geregelt.

Zum Verhandlungsverfahren werden maximal vier Bewerber /Bewerbergemeinschaften zugelassen, die dann Bieter/Bietergemeinschaften genannt werden. Gibt es nur vier oder weniger Bewerber/Bewerbergemeinschaften, bei denen keine Ausschlussgründe vorliegen und bei denen ein formal ordnungsgemäßer Teilnahmeantrag vorliegt und die alle Mindestanforderungen erfüllen, werden nur diese zur Teilnahme an dem Verhandlungsverfahren zugelassen. Ob fehlende Angaben/Unterlagen bei Vorliegen der Voraussetzungen des § 56 VgV nachgefordert werden, steht im Ermessen der Vergabestelle. Die Bewerber/Bewerbergemeinschaften haben keinen Anspruch darauf, dass die Vergabestelle von § 56 Abs. 2 bis 4 VgV Gebrauch macht und Unterlagen oder Angaben nachfordert.

Sofern bei mehr als vier Bewerbern/Bewerbergemeinschaften keine Ausschlussgründe vorliegen und diese die Mindestanforderungen erfüllen, werden anhand des nachfolgenden Auswahlkriteriums die vier Bewerber/Bewerbergemeinschaften ausgewählt, die am besten geeignet sind.

Auswahlkriterium ist die Anzahl der zusätzlichen Referenzen, die der Bewerber/die Bewerbergemeinschaft vorweisen kann, die die im Vergabeleitfaden unter 8.c) geregelten Mindestanforderungen erfüllen.

Dabei werden maximal fünf zusätzliche Referenzen gewertet. Die Referenzen sind in die nachfolgend bereitgestellten Formulare einzutragen. Für jede Referenz muss eine aussagekräftige Kurzbeschreibung abgegeben werden. Wenn ein Bewerber/Bewerbergemeinschaft mehr Referenzen angeben möchte, als in den Formularen eingetragen werden können, sind die Angaben in einer gesonderten Datei zu machen, die als Anlage zum Teilnahmeantrag auf der Vergabeplattform einzureichen ist.

## Auswahlkriterium – Referenzprojekt 1

Für das **Referenzprojekt 1** sind nachfolgend geforderten Angaben zu machen. Ergänzend ist eine **Kurzbeschreibung** des Referenzprojekts dem Teilnahmeantrag als separate Datei beizufügen.

Bezeichnung des Referenzprojekts

Name des Unternehmens, das die Leistungen erbracht hat

Erbrachte Leistungsphasen, in denen die wesentlichen  
Grundleistungen erbracht wurden

Abschluss der LPH 8

Neuschaffung von Grün in einer versiegelten Umgebung

Ansprechpartner für Rückfragen  
mit Telefonnummer und E-Mail


## Auswahlkriterium – Referenzprojekt 2

Für das **Referenzprojekt 1** sind nachfolgend geforderten Angaben zu machen. Ergänzend ist eine **Kurzbeschreibung** des Referenzprojekts dem Teilnahmeantrag als separate Datei beizufügen.

Bezeichnung des Referenzprojekts

Name des Unternehmens, das die Leistungen erbracht hat

Erbrachte Leistungsphasen, in denen die wesentlichen Grundleistungen erbracht wurden

Abschluss der LPH 8

Neuschaffung von Grün in einer versiegelten Umgebung

Ansprechpartner für Rückfragen  
mit Telefonnummer und E-Mail


### Auswahlkriterium – Referenzprojekt 3

Für das **Referenzprojekt 1** sind nachfolgend geforderten Angaben zu machen. Ergänzend ist eine **Kurzbeschreibung** des Referenzprojekts dem Teilnahmeantrag als separate Datei beizufügen.

Bezeichnung des Referenzprojekts	
Name des Unternehmens, das die Leistungen erbracht hat	
Erbrachte Leistungsphasen, in denen die wesentlichen Grundleistungen erbracht wurden	
Abschluss der LPH 8	
Neuschaffung von Grün in einer versiegelten Umgebung	
Ansprechpartner für Rückfragen mit Telefonnummer und E-Mail	

## Auswahlkriterium – Referenzprojekt 4

Für das **Referenzprojekt 1** sind nachfolgend geforderten Angaben zu machen. Ergänzend ist eine **Kurzbeschreibung** des Referenzprojekts dem Teilnahmeantrag als separate Datei beizufügen.

Bezeichnung des Referenzprojekts	
Name des Unternehmens, das die Leistungen erbracht hat	
Erbrachte Leistungsphasen, in denen die wesentlichen Grundleistungen erbracht wurden	
Abschluss der LPH 8	
Neuschaffung von Grün in einer versiegelten Umgebung	
Ansprechpartner für Rückfragen mit Telefonnummer und E-Mail	

## Auswahlkriterium – Referenzprojekt 5

Für das **Referenzprojekt 1** sind nachfolgend geforderten Angaben zu machen. Ergänzend ist eine **Kurzbeschreibung** des Referenzprojekts dem Teilnahmeantrag als separate Datei beizufügen.

Bezeichnung des Referenzprojekts

Name des Unternehmens, das die Leistungen erbracht hat

Erbrachte Leistungsphasen, in denen die wesentlichen  
Grundleistungen erbracht wurden

Abschluss der LPH 8

Neuschaffung von Grün in einer versiegelten Umgebung

Ansprechpartner für Rückfragen  
mit Telefonnummer und E-Mail
